

- 3 **Verteilung** Klimaschädlicher Reichtum
- 4 **Betriebsratsforum 2026** Gemeinsam stark
- 5 **Einkommen** Mitbestimmung erhöht die Zufriedenheit
- 6 **Ältere Arbeitslose** Mehr Unterstützung nötig
- 7 **Arbeitgeberverbände** Ohne Tarif und Legitimation

STROMPREIS

Vorbild Spanien

Die Preissteigerungen bei Gas könnten auch den Strom verteuern. Mit einer Maßnahme, die Spanien schon einmal erfolgreich angewendet hat, ließe sich das verhindern.

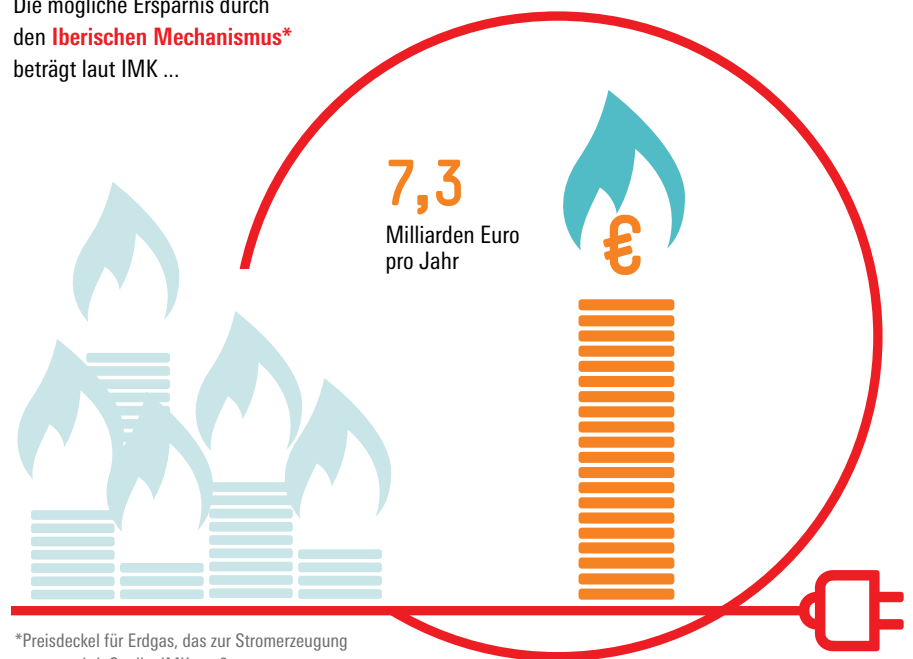
Seit dem Angriff der USA und Israels auf den Iran sind die Gaspreise deutlich gestiegen. Aufgrund der Besonderheiten des Strommarkts könnte dies schnell zu höheren Strompreisen führen, was erhebliche Nachteile für Unternehmen und private Haushalte mit sich brächte. Um das zu verhindern, könnte Deutschland das in Kraftwerken verbrauchte Erdgas nach dem Vorbild Spaniens und Portugals aus dem Jahr 2022 subventionieren. Nach Berechnungen von Tom Bauermann, Thomas Theobald und Fynn Janßen vom IMK könnte diese Maßnahme in der aktuellen Situation, abhängig von der Gaspreisentwicklung, eine Ersparnis von rund 7,3 Milliarden Euro pro Jahr für Deutschland bedeuten.

Dass sich ein Anstieg der globalen Preise für Erdgas und Erdöl direkt auf die Strompreise in Europa auswirkt, liegt an den Mechanismen, nach denen die entsprechenden Märkte funktionieren. An der Strombörse bestimmen in der Regel die teuersten zur Stromerzeugung eingesetzten Kraftwerke den Preis. Dieses Prinzip wird als Merit-Order-Prinzip bezeichnet. Die teuersten Kraftwerke sind häufig Gaskraftwerke. Nach ihnen richtet sich der Börsenstrompreis, selbst wenn der Großteil des Stroms aus günstigeren Quellen wie erneuerbaren Energien stammt. Dadurch können Gaspreisanstiege auf den Strommarkt übergreifen.

In der aktuellen Lage besteht die Sorge, dass die Strompreise in Deutschland und Europa erneut außerordentlich stark steigen könnten, etwa auf dauerhaft über 150 Euro pro Megawattstunde (MWh). Ein solches Niveau wurde seit 2023 nur in Ausnahmefällen an einzelnen Tagen erreicht. Zuvor hatte der Angriff Russlands auf die Ukraine im Jahr

Stabiler Strompreis dank Gaspreisdeckel

Die mögliche Ersparnis durch den **Iberischen Mechanismus*** beträgt laut IMK ...



*Preisdeckel für Erdgas, das zur Stromerzeugung genutzt wird; Quelle: IMK 2026

Hans Böckler
 Stiftung

2022 zu Spitzenpreisen von über 400 Euro pro MWh geführt. „Auch wenn die Gas- und Strompreise noch deutlich entfernt vom Niveau der Energiepreiskrise aus dem Jahr 2022 sind, sollten die EU und ihre Mitgliedsstaaten versuchen, Maßnahmen zu ergreifen, eine durch geopolitische Konflikte angeheizte Gaspreisentwicklung vom Strommarkt zu entkoppeln“, schreiben die Autoren.

Dafür bietet sich der sogenannte **Iberische Mechanismus** an. Dieser wurde 2022 von Spanien und Portugal eingeführt. Er wirkt wie ein indirekter, vorübergehender Preisdeckel für Erdgas, das zur Stromerzeugung genutzt wird. Bei der Berechnung der Strompreisgebote in Gaskraftwerken wird statt des aktuellen Marktpreises für Gas > > >

ein festgelegter Referenzpreis zugrunde gelegt, der deutlich niedriger ist. Dadurch wird der aus Gas erzeugte Strom günstiger angeboten, was einem Überspringen der Preissteigerungen vom Gas- auf den Strommarkt entgegenwirkt.

Gleichzeitig werden Gaskraftwerksbetreiber für die Differenz zwischen dem tatsächlichen Einkaufspreis und dem Referenzpreis entschädigt. Diese Kompensation erfolgt durch eine Umlage, die von Versorgungsunternehmen in der Regel an die Endverbraucher und -verbraucherinnen weitergegeben wird. Trotz der Umlagekosten ist das Modell für Stromkundinnen und -kunden letztlich deutlich günstiger, wie sowohl die Erfahrungen in Spanien als auch die Berechnungen des IMK zeigen. Dieser Kostenvorteil wächst mit dem Anteil kostengünstiger erneuerbarer Energieträger bei der Stromerzeugung. Denn dann muss nur relativ wenig Gasverbrauch kompensiert werden.

Wie sich der Iberische Mechanismus in der aktuellen Situation auf Deutschland auswirken würde, haben die Forscher mithilfe von Daten aus Spanien und Deutschland simuliert. Die deutschen Strompreise für das Jahr 2026 wurden auf Basis von Daten des Terminmarkts für Erdgas im März prognostiziert. Ergebnis: Bei einem gedeckelten Gaspreis nach dem Iberischen Mechanismus würden die Strompreise im Durchschnitt 17 Euro pro MWh niedriger ausfallen. Bei einem angenommenen Gesamtverbrauch von 500 Terawattstunden in Deutschland entspräche dies einer Ersparnis von 8,5 Milliarden Euro pro Jahr für Haushalte und Unternehmen. Dem stünden Umlagekosten in Höhe von rund 1,2 Milliarden Euro gegenüber, mit denen die Gaskraftwerksbetreiber entschädigt würden. Unterm Strich ergäbe sich für private Haushalte und Unternehmen damit eine Nettoersparnis von 7,3 Milliarden Euro pro Jahr.

Wie stark der Effekt ausfallen würde, hängt sehr von der tatsächlichen Entwicklung der Gaspreise und des Verbrauchs ab. Dass die Gaspreise in absehbarer Zeit auf das Niveau vor Beginn des Iran-Kriegs fallen, ist jedoch nicht klar, weshalb ein zeitlich beschränkter Gaspreisdeckel auch in anderen als von den Forschern angenommenen Szenarien Vorteile hätte. „Ohne steuernde Markteingriffe könnten Preiszunahmen drohen, die nicht nur Haushalte mit geringerem Einkommen besonders hart treffen, sondern auch gesamtwirtschaftlich wachstumshemmend wirken“, schreiben Bauermann, Theobald und Janßen. Da die Finanzierung nicht über direkte staatliche Subventionen, sondern über eine Umlage erfolgt, werde der Staatshaushalt nicht belastet. Dies sehen die Forscher als wichtigen Vorteil gegenüber einer derzeit

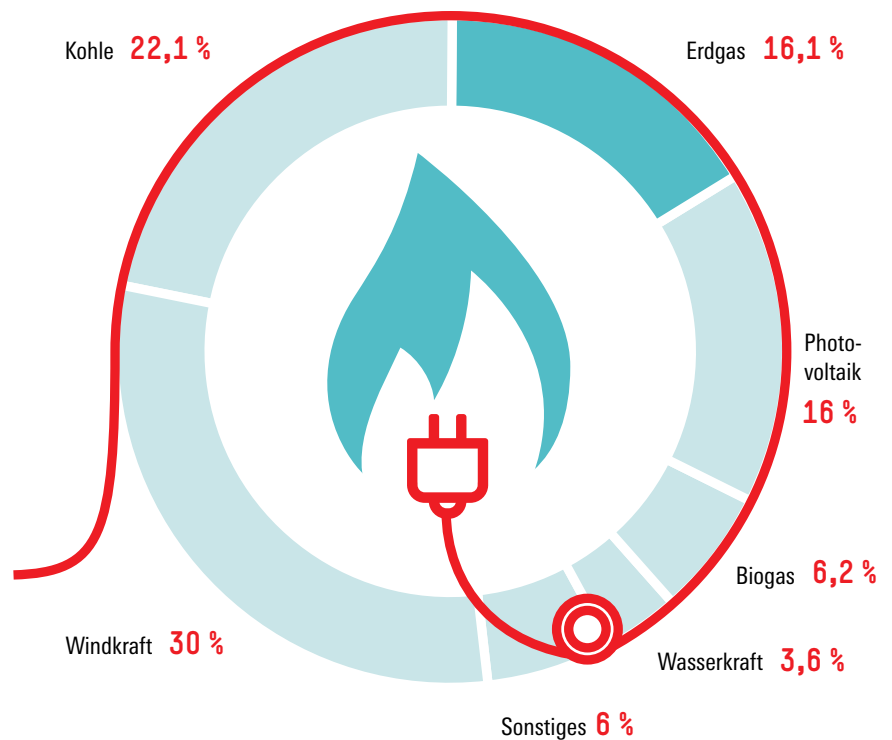
diskutierten Entlastung durch Senkung der Stromsteuer. Dabei könnten sich beide Maßnahmen auch ergänzen.

Erst kürzlich hat die EU-Kommission beschlossen, dass Staaten Maßnahmen ergreifen dürfen, um ein Überspringen hoher Gaspreise auf den Strommarkt abzumildern. Die Maßnahmen müssen zwar von der Kommission geprüft werden, aber europarechtlich scheint einer Umsetzung des Iberischen Mechanismus nichts im Wege zu stehen. Anders als 2022 sollte dieser jedoch auf EU-Ebene und nicht nur auf nationaler Ebene eingeführt werden, empfehlen die Ökonomen. Damit wäre eine einheitliche und faire Regulierung der Strompreise innerhalb der EU möglich.

Die Einführung in nur einem Staat berge dagegen das Risiko, dass Preisunterschiede zwischen den Mitgliedstaaten entstehen. In der Folge würden Nachbarstaaten ohne Deckel mehr Strom importieren, die Verbraucher im Land

Ein Sechstel aus Erdgas

Der 2025 in Deutschland eingespeiste Strom wurde erzeugt aus ...



Quelle: Destatis 2026

Hans Bäckler
Stiftung

mit Deckel würden das indirekt mit ihrer Umlage subventionieren. Sollte der Mechanismus auf rein nationaler Ebene umgesetzt werden, müssten die Stromexporte mit einer Gebühr belegt werden, um dem gegenzusteuern. Der Mechanismus sollte außerdem nur vorübergehend angewendet werden und nicht zu einer dauerhaften Subventionierung einer bestimmten Kraftwerksart führen. <

Quelle: Tom Bauermann, Thomas Theobald, Fynn Janßen: Strompreise clever deckeln, Überwinne vermeiden – Effekte des Iberischen Mechanismus auf den Strommarkt, IMK Policy Brief Nr. 215, Mai 2026 [Link zur Studie](#)

Klimaschädlicher Reichtum

Reiche haben eine erheblich schlechtere Klimabilanz als der Rest der Bevölkerung. Ein zusätzliches Argument für höhere Steuern auf große Vermögen und Erbschaften.

Klimaschutz muss man sich leisten können. Den alten Diesel durch ein teures Elektroauto zu ersetzen, ist für viele Menschen mit geringem Einkommen nicht drin. Das ist aber nur ein Teil der Wahrheit. Der wesentliche Zusammenhang zwischen Einkommen und Klimabilanz ist ein anderer: Reiche pflegen einen Lebensstil, der zu einem wesentlich höheren CO₂-Ausstoß führt, als es bei Gering- oder Normalverdienern der Fall ist. Noch bedeutsamer als das Einkommen ist in dieser Hinsicht oft das Vermögen. Darauf machen die Ökonominen Tanja Brumbauer und Sarah Mewes vom Bonner Thinktank Next Economy Lab (NELA) im WSI-Blog aufmerksam. Sie stützen sich dabei unter anderem auf Daten von Oxfam, des Stockholm Environment Institute und eigene Berechnungen.

Bekanntermaßen ist der Ausstoß an klimaschädlichen Gasen pro Person in reichen Ländern meist höher als in armen. Doch auch innerhalb einzelner Länder verteilen sich die Emissionen sehr ungleichmäßig – vor allem entlang des materiellen Reichtums. „Fast egal, auf welches Land man blickt“, so die Forscherinnen: Die CO₂-Emissionen pro Kopf sind bei Menschen mit sehr hohen Einkommen um ein Vielfaches höher als bei den Armen oder der Mittelschicht. Global betrach-

tet: „Eine durchschnittliche Person der oberen 0,1 Prozent ist für 381-mal so viel CO₂ verantwortlich wie eine durchschnittliche Person aus den unteren 50 Prozent.“

Nach Zahlen von 2022 entfallen in Deutschland auf das einkommensstärkste Tausendstel 307 Tonnen klimaschädlicher Gase pro Kopf und Jahr, auf die untere Hälfte der Bevölkerung 5,9 Tonnen. Ein Superreicher schadet dem Klima also über 50-mal mehr als jemand aus dem unteren Teil des Einkommensspektrums.

An der historischen Entwicklung fällt auf: Die Emissionen der unteren 50 Prozent haben sich global gesehen seit 1990 kaum verändert. In den höheren Einkommensgruppen geht die Kurve dagegen klar nach oben. Die oberen 10 Prozent waren zuletzt für 44 Prozent des CO₂-Ausstoßes verantwortlich.

Die genannten Zahlen berücksichtigen nur Einkommensunterschiede. Noch dramatischer fallen die Diskrepanzen zwischen Reichen und normaler Bevölkerung aus, wenn man die Vermögen betrachtet. Ein extrem verschwenderischer und damit klimaschädlicher Lebensstil ist nämlich

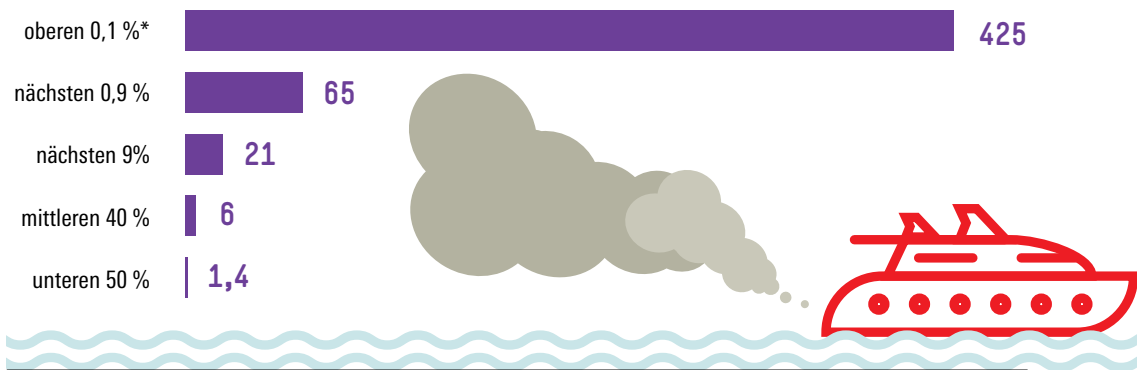
noch viel stärker mit dem Vermögen korreliert als mit dem Einkommen. Die 20 reichsten Milliardäre der Welt kommen auf etwa 8000 Tonnen CO₂ im Jahr. Zwei Drittel davon gehen auf das Konto ihrer Yachten.

Werden die Vermögen in die globale Gesamtrechnung einbezogen – was schwieriger ist, weil weniger verlässliche Daten vorliegen als beim Einkommen –, erscheinen die Unterschiede zwischen Arm und Reich noch einmal größer. Dann entfallen, in der globalen Betrachtung, 425 Tonnen CO₂ auf eine Person im obersten Tausendstel und im Schnitt 1,4 Tonnen auf die untere Hälfte.

Brumbauer und Mewes: „Die enorme Ungerechtigkeit, die mit der Ungleichheit der Emissionen zwischen armen

Luxus verursacht Emissionen

So viele Tonnen CO₂ pro Kopf gingen 2019 weltweit auf das Konto der ...



* nach Vermögen und Einkommen gestaffelt; Quelle: WSI 2026

Hans Bäckler Stiftung

und reichen Bevölkerungsteilen einhergeht, verstärkt sich, wenn man sich den folgenden Zusammenhang bewusst macht: Diejenigen, die am wenigsten zum globalen Klimawandel beitragen und am schlechtesten mit finanziellen Ressourcen ausgestattet sind, sind meist diejenigen, die am meisten unter Klimawandelfolgen zu leiden haben.“

Daher empfehlen die Forscherinnen dringend substantielle politische Maßnahmen gegen die wachsende Vermögenskonzentration. Etwa die Wiedereinführung einer wirkungsvollen Vermögenssteuer und eine Abschaffung der Möglichkeiten, große Betriebsvermögen praktisch steuerfrei zu vererben.

Dass es dabei nicht um Mini-Steuersätze gehen sollte, verdeutlicht eine einzige Zahl: Laut Oxfam ist das Vermögen der 172 deutschen Milliardäre allein im Jahr 2025 um 30 Prozent auf über 715 Milliarden Euro gestiegen. <

Quelle: Tanja Brumbauer, Sarah Mewes: Reichtum und Klimakrise: Können wir uns die Reichen noch leisten?, WSI-Blog, Mai 2026, www.wsi.de/de/blog-17857-reichtum-und-klimakrise-koennen-wir-uns-die-reichen-noch-leisten-76421.htm

Gemeinsam stark

Das Forum #BR26 in Berlin ist der Treffpunkt für all jene, die gute Arbeit gestalten möchten. Das Motto: vernetzen, lernen und Mitbestimmung aktiv stärken.

Beim Betriebsratsforum #BR26 kommen mehrere hundert Betriebsrätinnen und Betriebsräte zusammen, um sich auszutauschen und voneinander zu lernen. Egal, ob sie gerade erst gewählt wurden oder schon seit vielen Jahren im Amt sind. Sie stellen ihr individuelles Programm aus einer Vielzahl von Fachforen, Vorträgen und Praxisbeispielen zusammen. Expertinnen und Experten vermitteln Wissen für die tägliche Arbeit und präsentieren Gestaltungsmöglichkeiten für gute Arbeit – beispielsweise, wie innovative und wirksame Betriebsvereinbarungen gelingen und wie Strategien entwickelt sowie Projekte umgesetzt werden können.

In das Programm fließt das breite Know-how der DGB-Gewerkschaften ein. Auch die Hans-Böckler-Stiftung wird vor Ort sein. Ihre Fachleute befassen sich unter anderem mit Künstlicher Intelligenz im Betrieb, der Behinderung von Betriebsratswahlen durch Arbeitgeber und der Frage, wie Arbeitszeiten mit dem Thema Geschlechtergleichheit zusammenhängen.

Ein weiteres Highlight im Rahmen des #BR26 ist die Verleihung des Deutschen Betriebsrätepreises 2026. Mit diesem Preis würdigt die Fachzeitschrift „Arbeitsrecht im Betrieb“ aus dem BUND-Verlag die Leistungen von Betriebsräten. Mit ihren Projekten inspirieren sie und machen Mut für die betriebliche Arbeit. Denn, so die Veranstalter, nur durch engagierte Betriebsrätinnen und Betriebsräte bleibt die Mitbestimmung, was sie ist: ein Grundpfeiler der sozialen Marktwirtschaft.

#BR26 findet unter Mitwirkung von DGB, BUND-Verlag und der Hans-Böckler-Stiftung vom 16. bis 17. September 2026 in Berlin statt und wird von der BR-Veranstaltungsgesellschaft mbH organisiert. Alle Mitgliedsgewerkschaften des DGB sind als Kooperationspartnerinnen dabei. Für Betriebsrätinnen und Betriebsräte aus kleineren Betrieben mit weniger als 200 Beschäftigten gibt es spezielle Tickets. Die Tagung ist eine Schulungs- und Bildungsveranstaltung im Sinne von § 37 Abs. 6 BetrVG.

Anmelden unter: www.br26.berlin <



SO IST DIE HANS-BÖCKLER-STIFTUNG BEIM #BR26 VERTRETEN

Geschlechtergleichheit: Warum Arbeitszeit so wichtig ist,
Amélie Sutterer-Kipping, HSI; Yvonne Lott, WSI

Teilzeit im regelmäßigen Schichtbetrieb?! Das geht – mit Planung!
Sabine Wagner, BR Hochland Deutschland; Sandra Mierich, I.M.U.

Betriebsvereinbarungen: Trends aus Betriebsrätebefragung & gute Praxis
Sandra Mierich, I.M.U.; Helge Emmler, WSI

KI im Betrieb Wolfgang Däubler, Universität Bremen;
Ernesto Klengel, HSI; Nils Werner, I.M.U.

Remote Work. Mehr als Homeoffice!
Klaus Mertens, BR/EBR ZF Friedrichshafen; Elke Ahlers, WSI

Qualifizierung und Demokratie im Betrieb durch Stipendien
Fabian Hoose, Gemeinsame Arbeitsstelle Ruhr-Universität Bochum/IG Metall; Stefanie Nartschik-Mikami, Pascal Geißler, Begabtenförderung der Hans-Böckler-Stiftung

Teamwork Mitbestimmung sichert Beschäftigung
Torben Seebold, Arbeitsdirektor HHLA; Stefan Koop, KBR HHLA;
André Kretschmar, ver.di; Sandra Mierich, Jan-Paul Giertz, I.M.U.

Welche Potenziale haben Europäische Betriebsräte?
Maxi Leuchters, I.M.U.

Konjunktur und Beschäftigungssicherung: Erfolgreich Zukunft gestalten
Heide Schnare, Ralf Götz, IG Metall; Christian Breuer, IMK

Kampf um Mitbestimmung: Die Behinderung von Betriebsratswahlen
Martin Behrens, WSI

Das komplette Programm des #BR26: <https://br26.berlin/programm>



#BR26

Deutschlands wichtigstes Betriebsratsforum

16.-17.09.2026
Berlin

**HOUSTON,
WIR HABEN
KEIN PROBLEM.
BETRIEBSRAT
AN BORD.**

JETZT ANMELDEN!
Wir sehen uns in der
Hauptstadt!
www.br26.berlin

Mitbestimmung erhöht die Zufriedenheit

Wenn sie von einem Betriebsrat vertreten werden, sind Beschäftigte mit ihrem Einkommen zufriedener.

Gute Arbeit setzt eine angemessene Bezahlung voraus. Sich für entsprechende Löhne einzusetzen, ist Aufgabe der Gewerkschaften. Doch auch Betriebsräte spielen eine Rolle: Sie wirken sich positiv auf die Zufriedenheit mit dem Einkommen von Beschäftigten aus. Das zeigen Laszlo Goerke, Sven Hartmann und Yue Huang vom Institut für Arbeitsrecht und Arbeitsbeziehungen in der EU in einer empirischen Studie.

Die Forschenden haben Daten des Sozio-oekonomischen Panels aus fünf Befragungswellen zwischen 2006 und 2022 ausgewertet, die sich auf Angaben von über 24.300 Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern in Betrieben mit mindestens fünf Beschäftigten beziehen. Die Zufriedenheit mit dem persönlichen Einkommen wurde auf einer Skala von 0 bis 10 erfasst. Da das Arbeitseinkommen im Schnitt 96,8 Prozent des gesamten Einkommens der Befragten ausmacht, sei davon auszugehen, dass sich die ermittelte Zufriedenheit überwiegend auf den jeweiligen Lohn bezieht, heißt es in der Studie.

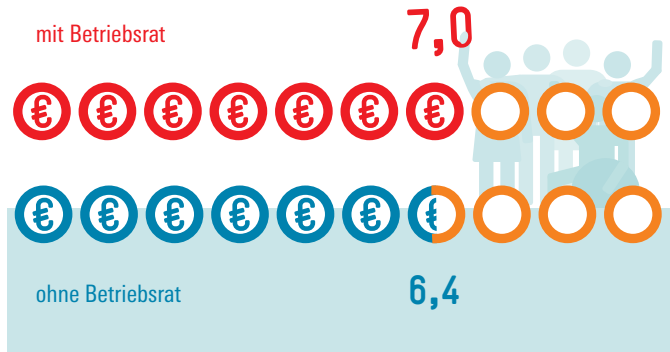
Der Auswertung zufolge fällt diese Zufriedenheit mit einem durchschnittlichen Wert von 7,0 bei den Beschäftigten in mitbestimmten Betrieben höher aus als bei den Beschäftigten ohne Betriebsrat mit 6,4. Auch wenn man Faktoren wie Geschlecht, Alter, Wochenarbeitszeit, Betriebsgröße oder Branche statistisch berücksichtigt, ergibt sich ein signifikant positiver Effekt. An diesem Ergebnis ändert sich auch dann nichts, wenn die Analyse mit kleineren Stichproben durchgeführt wird, für die zusätzliche Informationen etwa zu der Tarifbindung oder Persönlichkeitsmerkmalen der Befragten verfügbar sind.

Mitbestimmte Betriebe sind attraktiver

Als Erklärung für diesen Befund verweisen die Ökonomen und ihre Kollegin zum einen auf die Mitbestimmungsrechte von Betriebsräten, die sich unter anderem auf Fragen der betrieblichen Lohngestaltung, die Aufstellung von Entlohnungsgrundsätzen sowie die Einführung und Anwendung von neuen Entlohnungsmethoden erstrecken. Auch durch

Arbeitnehmervertretung lohnt sich

So zufrieden* sind Beschäftigte mit ihrem Einkommen in Betrieben ...



* auf einer Skala von 0 (völlig unzufrieden) bis 10 (völlig zufrieden)
Quelle: Goerke u. a. 2026

Hans Böckler
Stiftung

ihren generellen Einsatz für bessere Arbeitsbedingungen dürften die Arbeitnehmervertretungen die Zufriedenheit mit dem Einkommen beeinflussen: Dasselbe Einkommen werde als umso angemessener empfunden, je weniger belastend die Arbeit ausfällt, für die es gezahlt wird.

Tatsächlich können Goerke, Hartmann und Huang statistisch nachweisen, dass betriebliche Mitbestimmung nicht nur mit der Position in der Einkommensverteilung der jeweiligen Branche zusammenhängt, sondern auch die wahrgenommene Fairness der Entlohnung sowie die Zufriedenheit mit den Arbeitsbedingungen steigert. Das Fazit der Forschenden: Die erhöhte Zufriedenheit mit dem Einkommen mache mitbestimmte Betriebe aus Arbeitnehmersicht attraktiver und könnte ein Grund dafür sein, dass dort die Fluktuation geringer und die Produktivität oft höher ausfällt. Das nütze nicht nur den Beschäftigten, sondern auch den Arbeitgebern. <

Quelle: Laszlo Goerke, Sven Hartmann, Yue Huang: Councils of contentment: Works Councils and income perceptions, IAAEU Discussion Paper Nr. 02/2026 [Link zur Studie](#)

LITERATURHINWEIS

Was verdient der Vorstand? Navid Armeli vom I.M.U. und Benjamin Fligge von der Universität Duisburg-Essen haben 885 Vergütungsberichte von 295 Unternehmen im Zeitraum von 2021 bis 2023 ausgewertet. Ihr Report beschreibt die Zusammen-

setzung der Vergütungssysteme mit dem Ziel, Orientierungswissen für Vertreterinnen und Vertreter der Beschäftigten im Aufsichtsrat zu schaffen. Die Analyse verdeutlicht unter anderem, welche Einflussmöglichkeiten Aufsichtsräte haben – vor al-

lem durch die Auswahl der Leistungskriterien und die Festlegung der Zielvergütung. <

Quelle: Navid Armeli, Benjamin Fligge: Die Ausgestaltung der Vorstandsvergütung in Deutschland, Eigenschaften und Inhalte der Vergütungssysteme börsennotierter Unternehmen nach ARUG II, im Erscheinen

Mehr Unterstützung nötig

Angesichts des demografischen Wandels sollte die Förderung älterer Arbeitsloser eigentlich an Bedeutung gewinnen. In der Praxis ist davon jedoch nichts zu spüren.

In den vergangenen Jahren sind ältere Arbeitslose stärker in den Fokus der Arbeitsförderung gerückt – zuletzt mit der Bürgergeldreform. Zum einen wurde die Zwangsverrentung ausgesetzt, also die Pflicht zur vorzeitigen Inanspruchnahme von Rentenleistungen. Zum anderen entfiel die Sonderregelung, dass Ältere statistisch nicht als arbeitslos gelten, wenn sie innerhalb von zwölf Monaten keine sozialversicherungspflichtige Beschäftigung angeboten bekommen. Beides sollte älteren Arbeitslosen den Zugang zu Fördermaßnahmen und damit die Wiedereingliederung in den Arbeitsmarkt erleichtern. In der Praxis zeigt sich jedoch: Ältere erhalten nach wie vor zu wenig Unterstützung. Zu diesem Ergebnis kommt der jüngste Altersübergangsreport des Instituts Arbeit und Qualifikation (IAQ) der Universität Duisburg-Essen im Auftrag der Hans-Böckler-Stiftung.

Die Forschenden machen ihren Befund unter anderem an der sogenannten Aktivierungsquote fest. Sie gibt den Anteil an Leistungsberechtigten an, die durch arbeitsmarktpolitische Maßnahmen gefördert werden, und ist ein Indikator dafür, wie intensiv Jobcenter Arbeitsuchende bei der Rückkehr in den Arbeitsmarkt unterstützen. Über den gesamten Untersuchungszeitraum von 2014 bis 2024 hinweg blieb die Aktivierungsquote älterer Arbeitsloser deutlich hinter der von jüngeren Personen zurück. Arbeitslose im Alter zwischen 55 und 59 Jahren wurden nur etwa halb so häufig gefördert wie Arbeitslose zwischen 15 und 54 Jahren, Arbeitslose ab 60 Jahren noch weniger.

Die geringere Förderintensität ist nach Analyse der Forschenden bis zu einem gewissen Punkt nachvollziehbar. Die Agenturen und Jobcenter haben beschränkte Förderkapazi-

täten und müssen priorisieren. Arbeitgeber könnten zurückhaltend sein, wenn sie damit rechnen müssen, neu eingestellte Mitarbeiter wieder rasch zu verlieren. Zudem dürften sich auch einige Betroffene selbst eher in Richtung Ruhestand orientieren.

Allerdings war die Aktivierungsquote älterer Arbeitsloser nicht nur im Vergleich zu Jüngeren schwach, sondern sie ist seit 2020 auch zurückgegangen. Bei den 55- bis 59-Jährigen lag das an einer geringeren Förderung bei nahezu unveränderten Arbeitslosenzahlen. Bei den 60-Jährigen und Älteren wurde der Anstieg der Arbeitslosenzahlen, insbesondere ab 2023, nicht durch eine Ausweitung der Förderung ausgeglichen. Dieser Trend kann mit der generellen Entwicklung auf dem Arbeitsmarkt zusammenhängen, aber auch dadurch bedingt sein, dass die Angebote nicht ausreichend auf die Bedürfnisse und Möglichkeiten älterer Arbeitsloser zugeschnitten sind.

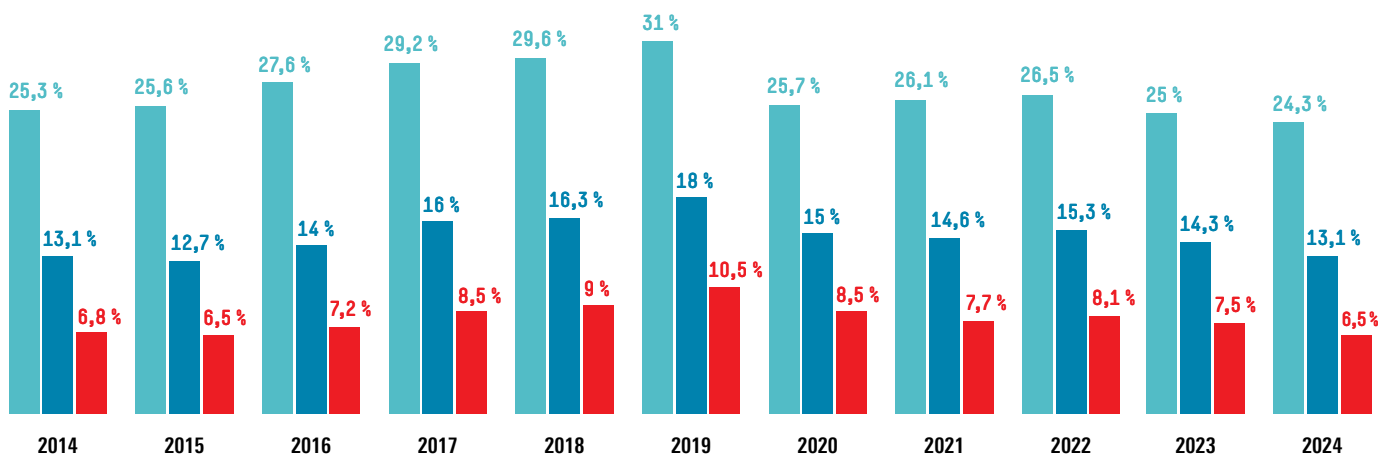
„Vor dem Hintergrund aktueller politischer Diskussionen, die wieder einen stärkeren Fokus auf unmittelbare Erwerbsintegration und den Vermittlungsvorrang gegenüber Qualifizierung vorsehen, besteht die Gefahr, dass die spezifischen Bedürfnisse älterer Arbeitsloser unzureichend adressiert werden“, heißt es in der Analyse. Angesichts des demografischen Wandels und der großen Bedeutung der geburtenstarken Jahrgänge im Erwerbsleben sei die Ausweitung wirksamer Qualifizierungsmaßnahmen für Ältere dringend erforderlich. <

Quelle: Susanne Drescher, Martin Brussig: Ältere Arbeitslose im Fokus der aktiven Arbeitsförderung? Neue Entwicklungen für Ältere in der Arbeitsmarktpolitik, Altersübergangs-Report 2/2026, Juni 2026 [Link zur Studie](#)

Ältere erhalten weniger Förderung

So entwickelte sich die Aktivierungsquote* bei Arbeitslosen im Alter von ...

15 bis 54 Jahren 55 bis 59 Jahren über 59 Jahren



*Anteil an arbeitslosen Leistungsberechtigten mit arbeitsmarktpolitischer Förderung; Quelle: Drescher, Brussig 2026

Ohne Tarif und Legitimation

Der steigende Anteil von Mitgliedschaften ohne Tarif untergräbt die Daseinsberechtigung der Arbeitgeberverbände.

Gesamtmetall hat seit Anfang 2026 zum ersten Mal in der 135-jährigen Verbandsgeschichte einen Präsidenten, dessen Unternehmen nicht tarifgebunden ist. Die Personale steht für einen Trend, mit dem sich WSI-Forscher Thorsten Schulten und Felix Syrovatka von der Universität Jena auseinandergesetzt haben. Ihrer Analyse zufolge entwickelt sich die Mitgliedschaft ohne Tarif (OT) allmählich zum Regelfall – und ist längst ein Problem: „Die Arbeitgeberverbände manövrieren sich damit zunehmend in ein strukturelles Dilemma. Denn ohne ihre tarifpolitische Kernfunktion verlieren sie ihre gesellschaftliche Daseinsberechtigung.“

Mit der Einführung von OT-Mitgliedschaften hätten etliche Verbände ab den 1990er-Jahren auf sinkende Mitgliederzahlen reagiert, für die sie Unzufriedenheit mit Tarifabschlüssen verantwortlich machten, schreiben Schulten und Syrovatka. Schätzungen zufolge dürften mittlerweile mindestens 60 Prozent der rund 700 Arbeitgeberverbände diese Möglichkeit anbieten.

Für ihre Studie haben Schulten und Syrovatka die Entwicklung bei Gesamtmetall unter die Lupe genommen – auch weil dieser Verband als einziger transparent mit seinen Mitgliederzahlen umgeht. Die Einführung von OT hat die Entwicklung dort nachhaltig beeinflusst: Die Zahl der Mitgliedsfirmen hatte sich von Anfang der 1990er-Jahre bis 2006 von gut 9500 auf etwa 4200 mehr als halbiert. Durch die Eingliederung der OT-Verbände ist es 2007 schlagartig zu einem Anstieg auf rund 6300 gekommen. 2024 gab es über 7300 Mitglieder.

Gesamtmetall habe den Trend also drehen können, erklären die Wissenschaftler. Die Zugewinne hätten sich aber ausschließlich auf OT-Mitgliedschaften beschränkt, während die Zahl tarifgebundener Firmen bis heute rückläufig ist. Der Anteil der OT-Unternehmen sei zwischen 2007 und 2024 von 36,4 auf 57,3 Prozent gestiegen. Der Anteil der Beschäftigten in OT-Firmen sei zwar geringer – 2024 lag er bei einem Viertel –, aber auch hier sei ein kontinuierlicher Anstieg zu verzeichnen. Für die politische Ausrichtung von Arbeitgeberverbänden seien zudem die Mehrheitsverhältnisse unter den Mitgliedsfirmen wichtiger.

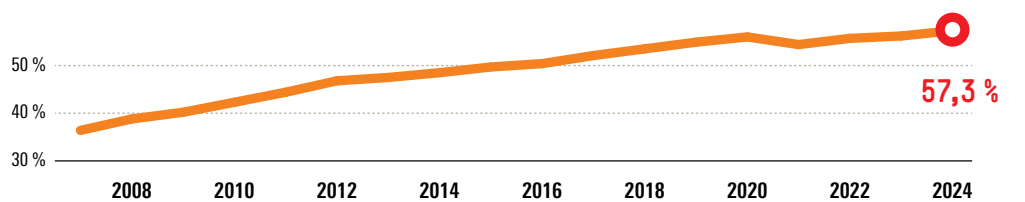
Schulten und Syrovatka gehen davon aus, dass die OT-Mitgliedschaften zur Erosion der Tarifbindung beigetragen haben. Während 1990 noch fast jedes zweite Unternehmen in der Metall- und Elektroindustrie an den Verbandstarif gebunden war, trifft das heute nur noch auf gut ein Zehntel zu. Der Anteil der Beschäftigten in tarifgebundenen Unternehmen ist von 70,6 auf 46,7 Prozent gesunken. Die Zahl der Firmentarif-

verträge, zu deren Verbreitung keine gesicherten Daten vorliegen, dürfte zwar ebenso zugenommen haben wie die Zahl der Unternehmen, die sich an einem Verbandstarif „orientieren“, heißt es in der Studie. Ein Beleg für eine stabilisierende Wirkung von OT-Mitgliedschaften sei das aber nicht: „Übersehen wird dabei, dass sich eine Orientierung am Flächentarifvertrag in den meisten Fällen als ‚Rosinenpickerei‘ erweist.“

Der Trend zur OT-Mitgliedschaft sei bei den Arbeitgeberverbänden der Metall- und Elektroindustrie mit einer stärkeren Ausrichtung auf betriebsnahe Dienstleistungen sowie Öffentlichkeitsarbeit und Lobbytätigkeit zulasten tarifpolitischer Schwerpunktsetzungen einhergegangen, so die Forscher. Zugleich sei es zu einer tarifpolitischen Neupositionierung gekommen: Im aktuellen Leitbild würden der eigene

Auf der Tariffucht

So hoch war bei Gesamtmetall der Anteil der Unternehmen mit OT-Mitgliedschaft ...



Quelle: Schulten, Syrovatka 2026

Hans Böckler
Stiftung

Flächentarifvertrag als zu komplex und unflexibel beschrieben und das Recht von Unternehmen betont, nicht tarifgebunden zu sein. Gesamtmetall positioniere sich gegen nahezu sämtliche politische Initiativen zur Stabilisierung von Tarifbindung. Stattdessen werde für die Flexibilisierung und „Modularisierung“ von Tarifverträgen geworben.

Schulten und Syrovatka sehen die Arbeitgeberverbände in einer Sackgasse: „OT-Mitgliedschaften zielen darauf, sich der normativen Wirkung von Tarifnormen zu entziehen, und tragen damit zur Erosion der tariflichen Ordnung bei. Dadurch stellen sie mittelbar auch die Legitimation und Existenzberechtigung der Arbeitgeberverbände infrage.“ Gleichzeitig berge eine Abkehr von der bisherigen Strategie die Gefahr erheblicher Mitgliederverluste.

Eine Lösung dieses Dilemmas ist nach Einschätzung der Wissenschaftler nur durch externe Impulse möglich. Ihre Empfehlung: Der Gesetzgeber könnte rechtlich klarstellen, dass jedes Mitglied einer Tarifvertragspartei tarifgebunden und jede Vereinigung tariffähig sein muss. Zugleich sollte die Allgemeinverbindlicherklärung erleichtert werden. Denn wenn Tariffucht ausgeschlossen ist, entfällt der Grund für den Verbandsaustritt und erhöht sich der Anreiz, über das Engagement im Verband Einfluss auf Tarifnormen zu nehmen. <

Quelle: Thorsten Schulten, Felix Syrovatka: Sackgasse Mitgliedschaft ohne Tarif – zur Erosion des Tarifvertragssystems, Wirtschaftsdienst 6/2026 [Link zur Studie](#)

IMPRESSUM

Herausgeberin: Hans-Böckler-Stiftung · Georg-Glock-Straße 18 · 40474 Düsseldorf

Verantwortlich: Dr. Claudia Bogedan, Geschäftsführerin; Rainer Jung, Leiter Öffentlichkeitsarbeit der Hans-Böckler-Stiftung

Redaktion: Dr. Philipp Wolter (Leitung), Jörg Hackhausen, Dr. Kai Kühne, Sabrina Böckmann, Katja Wolf

Kontakt: redaktion-impuls@boeckler.de · Telefon: +49 211 77 78-230

Druck und Versand: digiteam · Joachim Kirsch · info@digiteam.de

Nachdruck nach Absprache mit der Redaktion und unter Angabe der Quelle frei www.boecklerimpuls.de

Sie erhalten von uns die gedruckte Ausgabe des Böckler Impuls. Sie können sie jederzeit abbestellen.

Kontaktieren Sie uns dazu gerne telefonisch oder senden Sie uns eine E-Mail an redaktion-impuls@boeckler.de.

Statt der Printausgabe können Sie hier die Digitalausgabe bestellen: www.boeckler.de/de/impuls-bestellen.htm

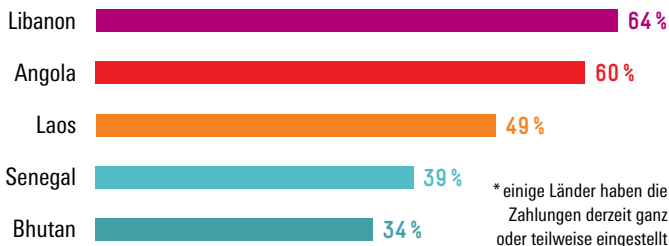
Weitere Informationen gem. Art. 13 & 14 DSGVO zur Verarbeitung Ihrer personenbezogenen Daten erhalten Sie unter: www.boeckler.de/datenschutz/DSGVO_Printmedien_Presse.pdf

VERTEILUNG

Länder in der Schuldenfalle

Das Vermögen ist nicht nur innerhalb der meisten Länder, sondern auch zwischen den Staaten ungleich verteilt. 45 Länder sind sehr hoch mit Auslandsschulden belastet. Dort summieren sich die Zins- und Tilgungsverpflichtungen gegenüber ausländischen Gläubigern auf 15 Prozent der Staatseinnahmen oder mehr. Für Armutsbekämpfung, Gesundheit und Bildung fehlt das Geld. Der Anteil der Menschen, die in extremer Armut leben, liegt in diesen Ländern mit durchschnittlich rund 18 Prozent fast doppelt so hoch wie im weltweiten Durchschnitt. Das geht aus dem jüngsten Schuldenreport von Misereor hervor. <

Der Auslandsschuldendienst verschlingt* von den Staatseinnahmen in ...

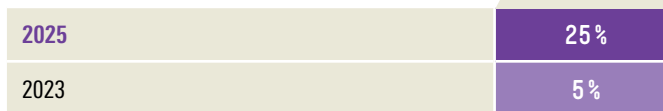


Quelle: Misereor, Mai 2026 [Link zur Studie](#)

ARBEITSWELT

KI kommt im Betrieb an

Von allen Unternehmen nutzten generative künstliche Intelligenz ...



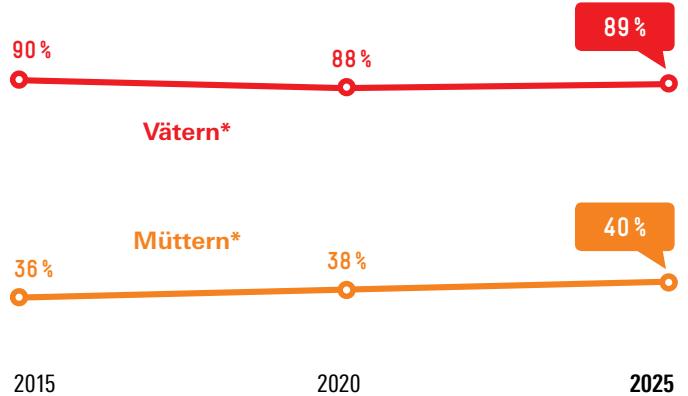
Quelle: IAB, Mai 2026 [Link zur Studie](#)

Der nächste **Böckler Impuls** erscheint am 25. Juni

GLEICHSTELLUNG

Mütter im Nachteil

So hoch war die Erwerbstätigenquote von ...

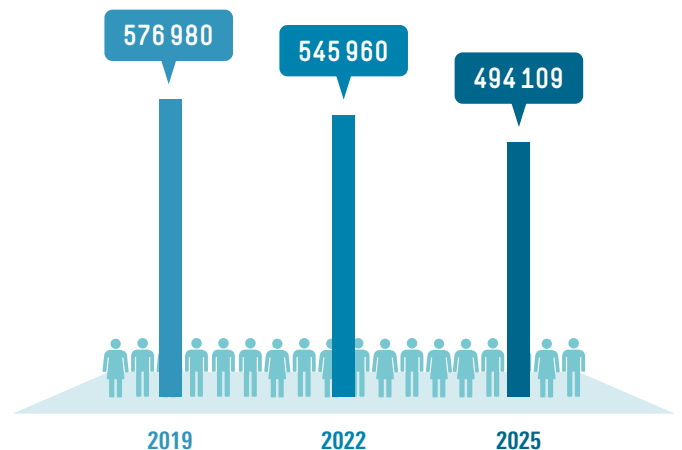


Quelle: Destatis, Mai 2026 [Link zur Studie](#) * mit Kindern unter drei Jahren im Haushalt

AUSBILDUNG

Angebot schrumpft

Die Zahl der gemeldeten Ausbildungsstellen betrug ...



Quelle: BA, Mai 2026 [Link zur Studie](#)

[Zurück zum Inhaltsverzeichnis](#)

Digitalausgabe bestellen unter www.boeckler.de/de/impuls-bestellen.htm